

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1208.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontakto: Gebr. Kersch, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Ländchen

**Abonnementpreise** einschließlich Frachtposten monatlich 2,00,- M., durch die Post bezogen monatlich 2,00,- M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 3,00,- M., Einzelnummer 12,- M., Sonnabendnummer 15,- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10, Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10, Tel. 25201. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

**Anzeigenpreise:** die Ueberspaltene Nonpareilzeile 25,- M., die 3spaltene Reklamzeile 90,- M., Ausland 100 und 200 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietaufträge 25 Proz. Rabatt. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an bestimmten Tagen. Für Brieflieferleg. 8 M.

Nr. 255

Dresden, Mittwoch den 1. November 1922

33. Jahrg.

# Die Frauen entscheiden!

**Bis zur Revolution war die Frau politisch rechtlos**

Alle bürgerlichen Parteien versagten ihr einig und geschlossen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Nur die Sozialdemokratie ist seit jeher für die politische Gleichstellung der Frau mit dem Manne rücksichtslos eingetreten. Wenn heute die Frauen nicht mehr Staatsbürger zweiter Klasse sind, so haben sie es nur dem Wirken der Sozialdemokratie und der Verwirklichung ihrer Forderung durch die Staatsumwälzung vom November 1918 zu danken. Das sollte keine Frau jemals vergessen!

**Heute buhlen alle bürgerlichen Parteien wieder um die Stimmen der Frau bei der Landtagswahl!**

Die Deutschnationalen, die Deutsch-Volksparteier, die Demokraten möchten vergessen machen, daß die Parteien, aus denen sie hervorgingen, d. h. die Konservativen, die National-Liberalen, die Freisinnigen, immer die weibliche Hälfte des deutschen Volkes verraten und verkauft und die Rechte der Frau mit Füßen getreten haben. Sie treiben mit den schönsten Verlockungen und Versprechungen Stimmenfang. Dabei verschweigen sie offensichtlich, daß sie, wenn es ihnen gelingen sollte, mit Hilfe der weiblichen Wählermassen ihre politische Macht zurückzugewinnen, die Frau in die alte politische Delotstellung zurückdrängen und der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung bald wieder berauben würden.

Aber darum handelt es sich nicht allein!

**Die drückende Not, die heute unser ganzes Volk heimsucht, trifft zuerst und mit nervenzerrüttender Furchtbarkeit die Frau.**

Ihr zerrinnt die Papiergeldflut unter den Fingern, ohne daß sie, doch für den Mann und für die Kinder das Notwendigste zur vollwertigen Ernährung, zur ausreichenden Bekleidung und zur Verteidigung aller andern Lebensbedürfnisse zu beschaffen vermag. Sie sorgt und zermüht sich, sie zerrastet und zerarbeitet sich vom frühen Morgen bis in die späte Nacht! Aber trotz allen Mühen vermag sie doch den Verfall nicht dauernd abzuwehren und aufzuhalten. Mit der ständig anwachsenden Teuerung steigt auch ihre Last und Sorge immer weiter ins Grenzlose.

**In dieser verzweifeltsten Lage ist sie zu leicht geneigt, die Ursache des Elends**

zu übersehen und den Wähligen der Reaktionsäre Glauben zu schenken, die die Revolution und die jetzige Regierung für die Not verantwortlich machen. Sie verschweigen, daß gerade sie selbst die Schuldigen an den heutigen Zuständen sind und daß die jetzige Regierung nur die Konkursverwalterin nach dem Zusammenbruch ist, den jene Bankrottüre verursacht haben.

**Tatsächlich liegen doch die letzten Wurzeln aller heutigen Not und allen Elends in dem Kriege,**

den die bürgerlichen Parteien als ein Stahlbad, als einen Gesundbrunnen herbeischnitten und nach seinem Ausbruch bejubelten und begrüßten. Die Kriegstreiber waren es auch, die den rechtzeitigen Abschluß eines ausgleichenden Verständigungsfriedens immer wieder hintertrieben, bis es zu spät war und die ausländischen Imperialisten den Frieden diktieren, einen Frieden, wie er drückender und furchtbarer kaum gedacht werden kann.

**Die Lage der breiten Massen wird verschärft durch die Wucherfreiheit,**

die unmittelbare Folge und Begleiterscheinung der viel gerühmten „freien Wirtschaft“. Wenn in den vier langen Kriegsjahren die Preise für Lebensmittel, Kleider, Wäsche usw. noch erträglich blieben, so deshalb, weil die öffentliche Bewirtschaftung, die Zwangswirtschaft, den Ausbeutungsgelüsten rücksichtsloser Gewinnmacher entgegenwirkte. Die bürgerlichen Parteien waren es, die nach dem Kriege nach der Beseitigung der Zwangswirtschaft schrien, die dem Volke goldene Berge versprachen, wenn die „freie Wirtschaft“ wieder hergestellt werde.

Die goldenen Berge sind nicht ausgeblieben, aber sie häuften sich ausschließlich bei den Wucherern und Schiebern, in den Kreisen der Erzeuger und des Handels immer höher an, die mit dem Warenangebot zurückhielten, um bei der riesenhaften Nachfrage die Preise immer höher schrauben zu können.

**Woll die bürgerlichen Parteien für die freie Wirtschaft wirken, stieg die Teuerung von Tag zu Tag!**

Die Agrarier, die Industriellen, die Kaufleute, die die bürgerlichen Parteien mit dem nötigen Wapstulver versorgten, ernteten die Früchte der Geldgier und die große Masse des Volkes, aus der diese Opfer verdriesselt wieder herausgeholt wurden, kam in immer furchtbarerem Elend, in immer schwererer Not.

**Die „freie Wirtschaft“ entpuppte sich als eine Zwangswirtschaft nicht für, sondern gegen das werktätige Volk!**

Je höher die Preise wurden, desto geringer wurde der Wert des deutschen Geldes. Dieses fortwährende Sinken der deutschen Mark, das durch die nationalpolitische Putsch- und Morbanschläge gefördert wurde, die das Vertrauen des Auslandes in Deutschlands innerpolitische Stetigkeit und wirtschaftliche Kraft immer mehr zum Schwanken brachten, machten es nachgerade unmöglich, noch Lebensmittel oder Rohstoffe im Auslande zu kaufen, das Ende wird eine furchtbare Arbeitslosigkeit, noch mehr Hunger, Not und Elend sein. Diesen

Gang der Dinge sollten sich gerade die Frauen vor Augen halten, wenn sie am 5. November zur Wahlurne schreiten!

**Die sozialdemokratische sächsische Regierung hat getan, was menschlich möglich war, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.**

**Aber maßgebend für die Wirtschaftspolitik des Reiches war eben doch nicht die sozialdemokratische sächsische, sondern die überwiegend bürgerliche Reichsregierung,**

war der Reichstag mit seiner bürgerlichen Mehrheit! An dieser Mehrheit scheiterte eine durchgreifende und wirksame Verringerungs- und Gesundungsarbeit. Sie sorgte immer wieder dafür, daß das landwirtschaftliche und industrielle Unternehmertum unbeengt durch staatliche Fesseln seine Interessen rücksichtslos wahrnehmen konnte zum Schaden des ganzen Volkes. Hier rächte sich bitter, daß das werktätige deutsche Volk bei der letzten Reichstagswahl nicht für eine starke sozialdemokratische Mehrheit gesorgt hat.

**Das muß für das sächsische Volk, das muß besonders für die sächsischen Frauen eine heilsame Lehre sein!**

Die Frauen, die unter der heutigen Not am unmittelbarsten leiden, werden am 5. November aus dieser Schlinge die richtige Auswegung ziehen müssen. Sie haben am Wahltag über ihr Schicksal und ihre Zukunft zu entscheiden. Aber auch über das Schicksal und die Zukunft derer, die ihnen am liebsten und am teuersten sind, ihrer Kinder!

**Frauen Sachsens! Ihr habt das Wahlrecht, das euch gerade in dieser Zeit der Not eine unbedingte Wahlpflicht sein muß!**

Verkümmert ihr diese Pflicht, dann begeht ihr ein Verbrechen an euch selbst, an euren Angehörigen, besonders euren Kindern und am ganzen Volke. Sorgt dafür, daß diese Pflicht auch richtig ausgeübt werde! Das kann nur geschehen, wenn ihr den Parteien, die euch früher knechteten und euch heute, sollten sie wieder zur Macht gelangen, wieder knechten würden, die durch ihre Kriegsgelüste und ihr Eintreten für die freie Wirtschaft und die Wucherfreiheit die Teuerung, die Geldentwertung und das ganze Elend verschuldeten, jede Gefolgschaft versagt! Wollt ihr ernstlich die Not der Gegenwart lindern und wirklich mit an der Zukunft unseres Volkes bauen, dann müßt ihr einig und geschlossen für die Partei eintreten, die eure rücksichtslose Sachwalterin im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben war. Das ist die

**Vereinigte Sozialdemokr. Partei Deutschlands! Wählt die Liste Wirth - Weckel - Eva Büttner!**

## Diktatur des Knüppels

Mussolini ist es im Vergleich zu den früheren italienischen Ministerpräsidenten außerordentlich schnell gelungen, eine Regierung zustandzubringen. Er selbst hat die Ministerpräsidentenschaft und vorläufig das Ministerium des Innern übernommen. Rüber ihm sind weitere drei Faschisten, zwei Volksparteier, drei Demokraten, ein Liberaler, ein Nationalist und drei Parteilose in der Regierung vertreten.

Ohne Schwertstreich ist Mussolini in das ewige Rom eingezogen. Der König hat ihn mit Würdigen empfangen, hat ihn zum Ministerpräsidenten ernannt und seinen Vertreter De Vecchi gerührt umarmt, als dieser erklärte, die Faschisten wollten der Monarchie nichts zuleide tun. Widerstand gegen die neue Regierung ist nach den bisher vorliegenden Berichten so gut wie gar nicht zu bemerken. Die paar Arbeiter, die da und dort im Kampf gegen die Schwarzhemden gefallen sind, sind als Helden gestorben, aber ihr Opfer war nutzlos geblieben. Rom und ganz Italien liegen dem Eroberer müde und geduldig zu Füßen.

Durch den italienischen Staatsstreich ist eine Entwicklung gewaltig durchbrochen worden, die sich in der ganzen zivilisierten Welt anzubahnen schien, die Entwicklung zu den Staatsformen der Demokratie. Diese Demokratie erschien manchmal in seltsam verzerrter und verkrüppelter Gestalt. Grundsätzlich aber wurde an dem Gedanken festgehalten, daß Regierungen nur aus Volkswahlen und -abstimmungen hervorgehen dürften. Der russische Bolschewismus hat der Demokratie, die als das politische Prinzip des

Westens zu bezeichnen ist, den ersten Schlag versetzt, indem er ihre Ausbreitung auf Rußland gewaltig behinderte, die konstituierende Nationalversammlung auseinanderjagte und die Gewalt Herrschaft einer Minderheit aufrichtete. Vom entgegengelegten Ende ausgehend hat der extrem-antibolschewistische Faschismus jetzt in Italien genau das Gleiche getan. Er hat eine Regierung gegründet, die sich nicht auf einen irgendwie, sei es auch mit noch so primitiven Mitteln, erfochtenen Willen des Volkes stützt, sondern die allein aus dem Willen einer kleinen bewaffneten und disziplinierten Minderheit entstanden ist.

Die Erschütterung des demokratisch-konstitutionellen Primipis in Italien wird sich mit stärkeren oder schwächeren Stoßwellen in ganz Europa bemerkbar machen. Für die äußere wie für die innere Politik muß der Sieg des Faschismus weitreichende Folgen haben. Die Faschisten sind ausgesprochene Nationalisten und grundsätzliche Imperialisten. Italien kann ihnen niemals groß genug sein. Ihr annexionsförmiger Appetit wird sich zunächst gegen Jugoslawien richten, und danach trochten, die Barole des „mare nostrum“, der italienischen Adria, wahrzumachen. Aber auch die Schweiz und Frankreich sind vor ihm nicht sicher. Für das schon italienisch gewordene Süditalien bedeutet sein Sieg nur Leiden; denn der Faschismus kennt kein Recht der nationalen Minderheiten, er predigt das alleinige Recht der zum Herrschen berufenen italienischen Nation. Dieses sein Programm müßte ganz Europa in die ungewisse Zukunft werfen, wenn überhaupt der Versuch unternommen werden sollte, es durchzuführen. Mancherlei

spricht aber dafür, daß die neue faschistische Regierung, um sich in der Herrschaft zu befestigen, viel Wasser in ihren Wein gießen wird.

Was die Beziehungen Deutschlands zu einem faschistischen Italien betrifft, so ist zu sagen, daß und der Faschismus ebenso als ein Fremdkörper erscheint wie der russische Bolschewismus, daß es aber nicht unsere Aufgabe ist, in das Schicksal fremder Völker bestimmend einzugreifen. Wir müssen aber im Interesse unserer Zukunft alles aufbieten, um den Faschismus ebenso wie den Bolschewismus an unsere Grenzen aufzuhalten. Wir dürfen nicht im Zweifel darüber sein, daß heute die faschistische Gefahr in Deutschland unergieblicher größer ist als die bolschewistische. Der Sowjetstern hat seine Anziehungskraft verloren, seit er auf dem Wege der Konzeption das russische Proletariat dem fremden Kapital ausgeliefert hat. Und das töricht gewissenlose Verhalten der deutschen Kommunisten hat weiter dazu beigetragen, keine Werbekraft in Deutschland zu mindern. Kein Mensch mit gesundem Sinn glaubt in Deutschland an die Möglichkeit eines kommunistischen Sieges.

Welt drohender als der Bolschewismus steht in Deutschland sein Widerspart, der Faschismus, da. Er führt hier einen andern Namen als in Italien. Er nennt sich Deutschnational oder Deutschvölkisch, kehrt aber im wesentlichen auf dieselben Ziele wie der Bolschewismus los. Was der will, zeigt das Programm Mussolinis, das neben andern besonders folgende Forderungen enthält: